Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1534. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 64. Donnerstag, 15. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionserweiterungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige illustrierte Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Demonstrationen des Islams.

Es läßt sich nicht länger mehr abstreiten, daß seit einiger Zeit die Völker des Islams aus ihrer Passivität herauszukommen trachten, daß sich überall bei den selbständigen Nationen, die sich als berufene Schützer und Vertreter der islamischen Welt betrachten, Strömungen geltend machen, die irgendein Ziel zum Zweck haben, das wohl heute noch unklar ist, aber doch besonders in England nicht gerade behagliche Empfindungen auszulösen scheint. Es läßt sich eine gerade Linie von der augenblicklichen Regsamkeit Ibn Sauds, des Wahabitenkönigs über Sarwat Pascha, Aegyptens Premierminister, bis zu Aman Ullah, dem Afghanenkönig auf Reisen, ziehen. Diese drei Männer, führende Persönlichkeiten in der Welt des Islams, machen im Augenblick durch ihr Verhalten, ihre Stellungnahme zum großbritannischen Imperium, durch ihre geheimen politischen Ziele den Londoner Herren ein arges Kopfzerbrechen. Man hat in Deutschland Aman Ullah mit allen Ehren empfangen, aber man hat auch in vielen deutschen Kreisen sich gedrungen gefühlt, diese Reise des afghanischen Königs mit Kommentaren zu versehen, die witzig sein sollen, die Bedeutung dieses exotischen Besuchs herabzusetzen trachten und sorgsam an all dem vorübergehen, was man in Wirklichkeit als den großen politischen Zweck und Sinn der Reise dieses exotischen Potentaten bezeichnen könnte. Bleiben wir zunächst einmal bei Aman Ullah. Der Afghanenkönig, Herrscher eines vollkommen autonomen und selbständigen Staates, Führer eines Landes, das schon durch seine geographische Lage und durch die machtpolitischen Tendenzen zweier großer Mächte, die gerade hier zusammenprallen, spielt in diesen Zeiten unbedingt die Rolle eines tatsächlichen und repräsentativen Führers der islamischen Welt. Seine Reise durch Europa kann man also auch als einen demonstrativen Werbefeldzug des Islams bewerten. Alle Völker der mohammedanischen Welt, die Völker der Türkei, Aegyptens, Persiens, des Iraks, schließlich auch Indiens, verfolgen mit der größten Aufmerksamkeit all die Ehrungen, die man in Europa König Aman Ullah erweist, und buchen diese Ehrungen letzten Endes auf das Konto des Gesamtislams. Was besagt, daß das Zeremoniell, das die deutsche Reichshauptstadt anläßlich des Besuches Aman Ullahs aufwandte, nicht allein dem autonomen Herrscher des afghanischen Volkes galt, sondern auch in einem übertragenen Sinne einem der hervorragendsten, fähigsten, mit Machtvollkommenheiten ausgestatteten Delegierten der islamischen Welt. Wenn der Name eines Hindenburg, dessen legendärer und mythischer Klang sich nicht nur auf die Völker deutscher Zunge beschränkt, mit dem Namen Aman Ullahs, des repräsentativen Führers einer islamischen Welt, in einem liebenswürdigen und freundlichen Zusammenhang gebracht wurde, so hat dies eine Bedeutung, die nur der ermessen kann, der weiß, wie hoch der Name des deutschen Reichspräsidenten auch bei den mohammedanischen Völkern im Ansehen steht. So hat auch diese Propagandafahrt des Afghanenkönigs durch Deutschland in der Phantasie der für solche Ehrungen sehr empfänglichen orientalischen Völker eine Rolle gespielt, die letzten Endes auch dem Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt einen großen und nicht zu verachtenden Dienst leistet.

Aman Ullahs Besuch in London trägt einen ganz anderen Charakter als der in Berlin oder in Paris, Rom oder Bern. Was der Afghanenherrscher in London wünscht, hat mit Propaganda für den Islam nur sehr wenig zu tun. England war der Feind eines autonomen Afghanistans, die Souveränität konnte Aman Ullah für sein Land nur durch einen Krieg gegen das großbritannische Imperium gewinnen, und zwar durch einen Krieg, an den die führenden Männer Englands nur mit recht gemischten Gefühlen zurückdenken, zumal nur wenige Jahre das Heute von dem Tage des englisch-afghanischen Friedensschlusses und der Unabhängigkeitserklärung Afghanistans trennen. Man wird es in London auch sicherlich als eine recht unerfreuliche Verquickung von Ereignissen bewerten, daß dieser Empfang des Afghanenkönigs gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo Ibn Saud, der Wahabitenkönig, die Grenzen des Iraks bedroht und Aegyptens Premierminister Sarwat Pascha brüsk das ihm von England angebotene Bündnis zurückweist. Diese Regsamkeit am Horizont der englischen Orientpolitik ist keine Erscheinung, die London als etwas Nebensächliches oder etwas Unbedeutendes bewerten könnte. Diese Kriegsandrohung Ibn Sauds richtet sich zwar nicht in erster Linie gegen England. Aber da die Länder des Iraks und Transjordaniens durch die Weisheit des Völkerbundes zu Mandatsgebieten Englands bestimmt wurden, so ist Großbritannien dem Völkerbund gegenüber zum Schutze dieser Mandatsländer verpflichtet. Wie peinlich der englischen Regierung diese Kriegsandrohung Ibn Sauds ist, das geht schon daraus hervor, daß sie sich auch innerpolitisch auszuwirken droht. An und für sich sind die Mandate über den Irak und Transjordanien in England äußerst unpopulär. Sollten sie, was nun zu befürchten ist, noch außer den bisherigen Unannehmlichkeiten noch die großen Opfer eines vielleicht verlustreichen Krieges fordern, so würde dies in England außerordentlich böses Blut machen. Diese unfreundliche Stimmung in London wird durch das Verhalten des Aegypters Sarwat Pascha wahrlich nicht behoben. In den letzten Monaten wiegte sich das Foreign Office in der Hoffnung, daß durch den Abschluß des schon seit Jahren vorgesehenen und ausgearbeiteten englisch-ägyptischen Bündnisvertrages die Sicherung des Suez-Kanals im englischen Sinne endlich und für alle Zeiten gewährleistet werden könnte. Selbstverständlich wird England trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten, die Kairo macht, sein Ziel doch erreichen. Die ägyptische Opposition, machtlos wie sie ist, wird England von seinem Ziel nicht abbringen können. Das Interesse Londons an der Sicherung des Seeweges nach Indien ist zu gewaltig, als daß die englische Regierung sich zu einem Kompromiß finden könnte, das diese englischen Notwendigkeiten nur in einem bedingten Maße erfüllen dürfte. Aber die englische Politik wird durch diese neuen Schwierigkeiten auch von neuem gefesselt. Was schließlich auch die unerfreuliche Begleiterscheinung auslöst, daß sich die große Weltöffentlichkeit wieder einmal mit Dingen beschäftigt, die England im Interesse seiner Pläne lieber nicht erörtert haben möchte.

Beginn der Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Genf. (Funkspruch.) **Der Vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz ist heute unter dem Vorsitz des Holländers Loudon und unter Teilnahme von 24 Staaten, unter denen sich als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland und die Türkei befinden, zu seiner 5. Tagung zusammengetreten. Die deutsche Delegation steht unter der Führung des Grafen Bernstorff.**

Loudon hob besonders hervor, daß bei den vom Sicherheitskomitee vorgeschlagenen Sicherheitspakten sorgfältig zurückgehalten wurde.

Nach einer Charakterisierung der Aufgaben der späteren 2. Lesung der Vorschläge des Sicherheitskomitees erklärte Loudon zu dem russischen Abrüstungsvorschlag, **der Ausschuß wird prüfen müssen, ob diese Vorschläge den heute gegebenen politischen Verhältnissen und dem Geiste des Völkerbundes genügend Rechnung tragen und überhaupt zu verwirklichen seien.** Trotzdem verdiene sie eine sehr sorgfältige Erwägung.

Ein Antrag des türkischen Gesandten **Munir Bey, der Ausschuß möge die Aussprache über alle wichtigen Abrüstungsfragen erst Anfang nächster Woche aufnehmen,** da der türkische Außenminister erst Sonnabend nacht in Genf eintreffe, gab **Graf Bernstorff** Anlaß, sich für diesen Antrag auszusprechen, dessen Annahme nur einen Höflichkeitsakt der Türkei gegenüber darstelle.

Litwinow unterstützte ebenfalls den türkischen Antrag.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **wurde beschlossen, die allgemeine Aussprache über die Ergebnisse des Sicherheitskomitees am Freitag nachmittag zu beginnen.**

Vorher hat sich Graf Bernstorff vom Vorsitzenden die Versicherung geben lassen, daß bei Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung jede mit der Abrüstung im Zusammenhang stehende Frage zur Debatte gestellt werden kann.

Ein Antrag Graf Bernstorffs.

Genf. (Funkspruch.) **Graf Bernstorff hat im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß schriftlich einen Antrag über die vollkommene Offenlegung aller die Rüstungen betreffenden Zahlen als einzige Möglichkeit zur schrittweisen Verwirklichung der Abrüstung eingebracht.** Dieser Antrag, der sich auf Artikel 8 § 6 der Völkerbundssatzung über die allgemeine, aber bis heute noch nicht erfüllte Verpflichtung zur Offenlegung der Rüstungszahlen bezieht, wird bei **Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses zur Debatte gestellt werden.**

Sowjetrußland und die Abrüstungsverhandlungen.

Genf. (Funkspruch.) Ein französischen Kreisen sehr nahestehendes Genfer Morgenblatt will wissen, daß die russische Delegation im Falle der Ablehnung ihrer Abrüstungsvorschläge durch den Vorbereitenden Abrüstungsausschuß von diesem die Prüfung eines Kriegsächtungspaktes verlangen würde, der den Anregungen des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg entspräche.

Von russischer Seite wird dem Vertreter des W.T.B. auf Anfrage auf das bestimmteste erklärt, **das derartige Absichten nicht bestehen.**

Das Programm der neuen Abrüstungskonferenz.

* **Genf.** (Telunion.) Auf der heute Donnerstag morgen begonnenen Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission werden nach der Tagesordnung folgende drei Fragen zur Erörterung gelangen:

Der Bericht des Sicherheitsausschusses über die Ergebnisse der eben abgeschlossenen Tagung. Es wird damit gerechnet, daß diejenigen Regierungen, die an dem Sicherheitsausschuß nicht teilgenommen haben, und zwar Sowjetrußland, die Türkei und die Vereinigten Staaten, grundsätzliche Erklärungen zum Sicherheitsproblem abgeben werden.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bilden die Abrüstungsvorschläge der sowjetrussischen Delegation. Man erwartet, daß die sowjetrussische Delegation auf eine sachliche Erörterung ihrer Vorschläge dringen und eine Stellungnahme der Kommission zu ihren Anträgen herbeiführen wird. Es besteht jedoch die Absicht, für die Erörterung der sowjetrussischen Vorschläge eine Unterkommission einzusetzen, so daß eine endgültige sachliche Stellungnahme der Abrüstungskommission kaum sofort stattfinden wird.

Dritter Punkt der Tagesordnung lautet: **„Stand der Abrüstungsarbeiten."** Hierbei wird voraussichtlich die grundsätzliche Frage der Weiterführung der gesamten Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes aufgerollt werden.

Zur Erörterung gelangen wird zunächst die Frage, ob die Kommission sofort in die zweite Lesung des vorliegenden Konventionsentwurfs eintreten oder die Debatte hierüber wiederum verschieben soll. Auf der letzten Tagung der Abrüstungskommission im März 1927 war einstimmig die zweite Lesung des Konventionsentwurfs beschlossen worden. Gegenüber Versuchen einiger Delegationen, die zweite Lesung im Hinblick auf die englisch-amerikanischen und englisch-französischen Gegensätze wiederum auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, wird von anderen Delegationen nachdrücklichst der sofortige Beginn der zweiten Lesung des Entwurfs gefordert.

Es ist hierbei darauf hinzuweisen, daß die **Abrüstungskommission von der Völkerbundsversammlung lediglich den Auftrag erhalten hat, die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz vorzubereiten,** nicht jedoch eine sachliche Entscheidung über die Methoden der Abrüstung zu treffen, die allein der Abrüstungskonferenz obliegen werden.

Nach der nunmehr zweieinhalbjährigen Dauer der Vorarbeiten scheint die Frage zu prüfen sein, ob nicht eine Weiterführung der Vorarbeiten zwecklos erscheint und im Hinblick auf das vorliegende durch die Abrüstungskommission ausgearbeitete umfangreiche Abrüstungsmaterial die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz in Aussicht zu nehmen ist. Es ist zu erwarten, daß diese Frage in den kommenden Verhandlungen der Abrüstungskommission eine große Rolle spielen wird.

Abschaffung der Ausfuhrverbote für Häute.

)(**Genf.** Die Konferenz zur Abschaffung der Ausfuhrverbote für Häute und Knochen hat sich **grundsätzlich für die Abschaffung der Ausfuhrverbote für beide Kategorien ausgesprochen.** Die Frage der Erhebung von Ausfuhrzöllen wurde dahin entschieden, daß für Häute (bei Stimmenthaltung von Italien und Rumänien) die Ausfuhrabgabe aufgehoben, aber nach Ablauf einer noch nicht festgesetzten Frist für bestimmte Länder auf deren Antrag teilweise wieder eingeführt werden kann, während für Knochen die zeitweilige Erhebung von Ausfuhrzöllen zugelassen werden soll mit der Bestimmung, daß nach zwei Jahren eine neue Konferenz über ihre endgültige Abschaffung oder mindestens über weitere Herabsetzung entscheiden soll. Ein deutscher Antrag, die Frist für die endgültige Aufhebung der Ausfuhrzölle auf Knochen oder Häute auf vier Jahre festzulegen, wurde mit fünf gegen drei Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

Kreuzer „Emden" in Wilhelmshaven.

* **Wilhelmshaven.** (Telunion.) Der Kreuzer „Emden", der vorgestern nach beinahe 1½jähriger Weltreise wieder in die Heimat zurückgekehrt ist und auf der Jade auf Schillgreede geankert hatte, wurde dort gestern vormittag in Anwesenheit der beiden Stationschefs, Vizeadmiral Bauer und Vizeadmiral Räder, von dem Inspekteur des Bildungswesens, Kapitän z. S. Wülfing von Ditten, besichtigt. Am Nachmittag lief der Kreuzer dann mit wehendem Heimatwimpel in die dritte Einfahrt der Wilhelmshavener Werft ein, wo er von den Marineabordnungen, der Flottenkapelle und einer nach Tausenden zählenden Menge jubelnd begrüßt wurde. Der Reichswehrminister hatte ein Begrüßungstelegramm gesandt, in dem er seine Anerkennung für erfolgreiche und glückliche Beendigung der Weltreise ausspricht. Am 18. März wird die „Emden" Wilhelmshaven zur Weiterreise nach Kiel und Flensburg-Mürwik wieder verlassen.

)(**Wilhelmshaven.** Schon lange vor der Ankunft des Kreuzers „Emden" hatten sich gestern nachmittag viele tausend Menschen auf den Schleusen eingefunden. Zum Empfang waren außer dem Flottenchef Oldenkop die Stationschefs der Nordsee und der Ostsee, die Vizeadmirale Bauer und Räder, erschienen. Gegen 5 Uhr kam der Kreuzer am Horizont in Sicht. Der Menge bemächtigte sich stürmische Begeisterung. Als der Kreuzer einfuhr, brachte der Kommandant von Wilhelmshaven, Fregattenkapitän Altvater das Hoch auf den Kommandanten und die Besatzung der „Emden", aus. Kapitän z. S. Förster, der Kommandant des Kreuzers, brachte darauf für die Besatzung der „Emden" das Hoch auf das deutsche Volk und das Vaterland aus. Die Menge stimmte begeistert das Deutschland-Lied an. Bei den Klängen der Militärmusik legte der Kreuzer zum erstenmal wieder auf deutschem Boden an.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener.

Berlin. (Funkspruch.) **Die Kommunisten brachten heute einen Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Dr. Groener ein.**